

Auer Tageblatt

Bezugspreis: Durch unsere Boten
frei ins Haus monatlich 12.00 Mark.
Bestellungen nehmen die Postträger
und für Rußland die Postanstalten
entgegen. — Erscheint werktäglich,
Sonn- und Feiertags ausser.
Telegramme: Tageblatt Auergebirge.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigerpreis: Die Rubrikgebühren
betragen für Anzeigen aus Aue und
Umgebung 2.00 Mark, auswärts
Anzeigen 2.50 Mark, Restposten
je nach 7.00 Mark. Bei größeren Ab-
schlüssen entsprechende Rabatte.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 66

Sonnabend, den 18. März 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Nach einer amtlichen Meldung aus Genf haben die Verhandlungen über die Minderheitsrechte in Oberschlesien in den meisten Punkten zu einer Einigung geführt. Näheres ist noch nicht bekannt gegeben.

Echo de Paris und Matin zufolge hat die Mittwoch-Sitzung der Völkervereinigung an der Graf St. Forza zum ersten Mal wieder Italien vertrat. Die Fortdauer der Kontrolle für die Landrücken bis vorläufig 1. Oktober d. J. ausgedrückt.

Der Völkerbundrat wird demnächst in Paris zusammentreten, um sich mit der Teilnahme des Völkerbundes an der Genuefer Konferenz zu beschäftigen.

Der Notensagen.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Bitte ja kein Mißverständnis: es handelt sich durch- aus nicht etwa um einen neuen Versuch unserer Presse, sondern um einen neuen Versuch der Entente. Vor einigen Tagen hat, wie erinnerlich, im englischen Oberhause der Lord Newton mit trefflichen Worten die Blutegepolitik an den Pranger gestellt, die die Entente mit ihren zahlreichen Kommissionen an Deutschland treibt und aus unserer aller Herzen herausgesprochen, als er erklärte, der Ziel setze einem hoch wenn man die Beispiele, die er im einzelnen anführte, über- blide. Offenbar haben sich einige dieser Kommissionen die harten Worte des englischen Lords so sehr zu Herzen genommen, daß sie sich sagten, es sei höchste Zeit, die unbedingte Verantwortlichkeit ihrer Existenz der Welt wieder einmal zu beweisen. Zu diesem Zwecke sind in den letzten Tagen nicht weniger als drei Notizen auf die deutsche Regierung herniedergeprasselt. Der französische Kriegsminister hat sogar die Beabsichtigung dazu geäußert. Aber aus seiner Rede erkennt man auch deutlich die tieferen Gründe der Massenproduktion von Notizen. Es wollen die ungezählten Kommissionen, die 1659 Mitglieder der Überwachungskommission nicht nur ihre Existenzberechtigung beweisen, sondern Frankreich braucht den Vorrat des nicht entworfenen Deutschland, um seine ängstlichen Klagen vor der Welt geschickt zu maskieren. Wir haben in dem auseinandergezogenen Deutschland 100 000 Mann Reichswehr, Frankreich, das 20 Millionen Einwohner weniger als wir hat, aber will neben einer Armee von 800 000 Mann weißer Truppen noch 250 000 farbige Soldaten in Europa unterhalten. Um diesen exzessiven Militarismus in den Augen seiner Verbündeten, besonders Englands und Amerikas mit einem Schein des Rechts zu versehen, muß der General Kollat immer neue Ver- stöße gegen die Entwaffnungsbestimmungen entdecken. Millionen und Abermillionen an Spitzgeldern werden dafür ausgegeben.

Diese Tatsachen beweisen aber zugleich, wie töricht jene nationalistischen Kreise bei uns und leider auch ein Teil der Reichswehr- und Schupo-Offiziere handeln, die den Anweisungen der Regierung passiven oder aktiven Widerstand entgegensetzen. Auch die Entente weiß, daß jene Kreise keine Armeen aus dem Boden stampfen können und daß ihre Rentenzahl keine Kriegsgelder bedeutet. Sie betrachtet diese Männer, die sich für national halten, lediglich als Steine in ihrem Spiel, und man kann nur wünschen und hoffen, daß die neuen Erklärungen allen die es angeht, die Augen gründlich öffnen. Mit besonderer Beharrlichkeit verfolgt die Entente die deutsche Sicherheitspolitik. Niemals ist bei uns an den verantwortlichen Stellen ein Hehl daraus gemacht worden, daß die heutige Schupo keine Dauer- einrichtung sein soll. Aber der Kapp-Putsch und der kommunistische Märzaufruf sind doch Tatsachen, an denen wir nicht einfach blind vorübergehen können. Solange es noch revolutionäre Kräfte rechts und links gibt, die auch im innerpolitischen Kampf nur an die Gewalt der Waffen glauben, solange kann der Staat nicht jene Machtmittel entdecken, die allein geeignet sind, Ruhe und Ordnung zu erhalten. Zu diesem Zwecke muß es auch noch getätigt werden, die Verbände der Schupo- polizei geben. Die Abneigung der Entente richtet sich in erster Linie gegen diese geschlossenen Verbände sowie gegen die Verwendung früherer Offiziere. Das letztere Bedenken ist unbegründet, da die Offiziere der Schupo allmählich vollkommen in den Dienst und in die Aufgaben rein politischer Natur übergeführt werden. Dann aber auch wäre es eine bedeutende Verschärfung der inneren Befehle, wenn man abermals mehrere tausend Offiziere entgegen auf die Straße setzen wollte.

Das preussische Innenministerium war eben dabei, einen Teil der festen Verbände aufzulösen und sie dem Ein- zeldienst zuzuführen. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß unsere Schupo in ihrem größeren Teile für den Einzeldienst verwandt werden muß, da ja die einzelnen Begenden in der Großstadt wie auf dem Land einen ständigen polizeilichen Schutz haben müssen. Nur dieser Einzeldienst vermag auch die genügende probir- laktische Wirkung auszuüben, die Unruhen größeren Umfanges gar nicht erst entstehen läßt, sondern die kleinen Flämmchen löst, ehe sie noch zu einem Brandherd sich vereinigen. In dieser Beziehung waren, wie gesagt, alle Vorbereitungen schon getroffen, aber die Entente hat offenbar davon gehört und schleunigst muß der General Kollat so tun, als ob er erst diese organisatorische Dezentralisation bewirkt hätte. Da aber dieser Teil der gegenwärtigen Forderungen in der Richtung unserer eigenen Pläne liegt, konnte die Regierung auch eine entgegenkommende Antwort geben. Es wäre aber nicht gleichzeitig auch einmal von amtlicher Stelle aus das Gebahren der Kontrollkommissionen zu kennzeichnen. Es ist ja geradezu kindlich, wenn sie sogar am grünen Tuch der Sicherheitspolitik Anstoß nimmt und von vorhandenen Rekrutierungs- und Mobilisierungsmitteln schneidet. Die wirklichen Gründe der Gegner müssen vor der zivilisierten Welt und vor ihren eigenen verbesserten Vä- tern in schonungsloser Nacktheit gezeigt werden.

Neue Erhöhung des Eisenbahn- güter- und Posttarifs.

Man ist es ja nun nachgerade gewöhnt, daß so stiel- lich regelmäßig alle ein bis zwei Monate die Tarife un- serer staatlichen Verkehrsanstalten kräftig in die Höhe geschraubt werden. Der alte Satz, daß wir im Reichen des Verkehrs leben, hat sich längst in sein Gegenteil gewandelt: heute leben wir im Reichen der Verkehr- erschwörung. Nun soll gemäß nicht bestritten werden, daß die allgemeine Teuerung der Materialien, Gehälter und Löhne sich auf Eisenbahn und Post nicht minder auswirkt, als bei anderen Betrieben auch. Es trägt sich nur, ob demgegenüber eine immer stärkere Anziehung der Tarifführer wirklich das richtige Heilmittel ist. Je und je haben die Demokraten den Standpunkt vertreten, daß dies nicht der Fall ist; daß man vor grundlegenden Neuerungen, vor ernsthaften Eingriffen nicht zurückweichen darf, um endlich einmal eine Verminderung der Ausgaben herbeizuführen, die in der Tat auch ins Gewicht fällt. Mehr noch als auf das Reich Dresden trifft das auf das Reich Gleditsch zu, dessen Denkschrift zur Durchführung von Erspar- nissen von Unzulänglichkeiten frohgt. Solange die Aus- gabensteifer in unseren Verkehrsbetrieben nicht kräftig herabgesetzt ist, wird die Balancierung ihres Haushaltes immer nur auf dem Papier stimmen, sie selbst aber werden nach wie vor von einer Gefundung weit entfernt sein.

Lohnabbau in England.

Das einzig Gute an den Gewaltverträgen und ihren Zulageabkommen ist, daß sie sich an eigenen Leibe den- jentigen rächen, die diesen Wahnsinn über die Welt ge- bracht haben. Die englische Industrie und der englische Handel spüren ja seit geraumer Zeit, was die Absatz- stückung für sie auf den Weltmärkten bedeutet. Auch die britische Arbeiterschaft, die zwei Millionen Ar- beitstöße und 800 000 Kurzarbeiter aufweist, empfindet praktisch den Un Sinn der gegenwärtigen Be- tragsregelungen. Aber ihr droht in ihrer Gefamtheit noch weiterer Misset. Um die Konkurrenzfähigkeit der Industrie wenigstens einigermaßen wieder herzustellen, ist die Führung der britischen Industrie dazu übergegan- gen, Lohnherabsetzungen vorzunehmen. Die Ar- beitgeber in der Wertindustrie wollen den Wochenlohn um 8 Schillinge herabsetzen und im nächsten Monat den gleichen Abzug noch einmal festsetzen. Man kann sich denken, wie diese Erklärungen auf die Arbeiterschaft wirken. Sie haben den Minister Chamberlain um Anrufung eines Schiedsgerichts gebeten. Aber Minister Chamberlain hat nach Rücksprache mit den Kabinets- mitgliedern ein Eingreifen abgelehnt, um sich nicht dem Verdacht der Parteilichkeit auszusetzen. Es drohen also England abermals große soziale Schwierigkeiten, und man kann nur wünschen und hoffen, daß die britische Arbeiterschaft die wahren Ursachen ihrer schim-

Die griechische Krise.

Das neue griechische Kabinett ist nunmehr gebildet. An seiner Spitze als Ministerpräsident steht wieder der eben erst durch ein zufälliges Mißtrauensvotum ge- schätzte Cunnaris, der freilich im Parlament eine

ziemlich starke Gegnerschaft hatte. Stratos der Cu- naris besonders deshalb bekämpft hatte, weil dieser Frankreich unerwünscht ist, hat es nicht vermocht, die Kabinettsbildung zustande zu bringen, und die Gen- zeissen, die grundsätzlich königsfeindliche Opposition treiben, sind zur Kabinettsbildung überhaupt ebenso wenig imstande, wie in Deutschland etwa die Deutsch- nationalen, weil keine der übrigen Gruppen mit ihnen zusammengehen will. Der Hintergrund der ganzen grie- chischen Krise liegt sowohl in inner- wie in außenpoliti- schen Dingen. Die innerpolitischen bestehen eben in dem Gegensatz zwischen König Konstantin und Venizelos die außenpolitischen liegen in dem englisch-französischen Gegensatz zur türkisch-griechischen Frage begründet. Man weiß ja, daß auf den Kleinasiatischen Schauplatzen sich nicht nur die türkischen Kemalisten und die Griechen, sondern ebenso sehr Frankreich und England gegenüberstanden. Zu allem kommt noch, daß Griechenland sich seit dem Abgang von Venizelos in den größten materiellen Schwierigkeiten befindet. Um diese zu beheben, war Cunnaris inzwischen in London und hat mit Lloyd George verhandelt, um eine englische Anleihe für Griechenland zu erwirken. Man wird nicht daran zu zweifeln brauchen, daß man in Griechenland bei der Neubildung des Kabinetts die Rücksicht auf die außenpolitischen Zusammenhänge nicht aus den Augen verloren hat. Wenn jetzt also das Kabinett Cunnaris wieder gebildet ist, so wird man das in London mit ebenso großer Genugtuung vernehmen, wie man anneh- men darf, daß England weiterhin eine Griechen- und damit eine dem König Konstantin freundliche Politik verfolgen wird. Griechenland wird unter diesen Um- ständen auch erwarten dürfen, daß seine in England geplante Anleihe dort keinen unüberwindlichen Wider- stand finden wird.

Deutscher Reichstag.

— Vielleicht ist es schon jetzt an der Zeit an den Reichstag die Mahnung zu richten, daß er während der nächsten Tage und Wochen unbedingt auch im äußeren Sinne des Hauses die Bedeutung der gegenwärtigen Steuerberatungen in die Erörterung treten lasse, h. B. daß der Sozial immer unerschrocken besetzt ist. Wenn man die Sitzung gleich damit, daß der Abg. v. d. Hoffmann (D. Sp.), der die Steuerausprache zu eröffnen hatte, sich weigerte, vor leeren Bänken zu sprechen und Vertagung beantragte und durchsetzte. Als er ¼ Stun- den später dann in neuer Sitzung zu Worte kam, richtete er seinen Tadel, übrigens durchaus nicht in ganz un- begründeter Weise, in erster Linie gegen die Regierung; aber er hätte, wenn er gerecht sein wollte, auch den Reichstag selbst und vor allem seine eigenen Fraktionen- genossen füramtieren müssen, denn sie waren alle der- selben Stunde bloß. Auch hat die erste Vertagung lei- der gar nichts, denn, wie es in der letzten Zeit üblich ge- worden ist, erging man sich sehr bald in hellen Scharen fern von Madrid in den Wandelgängen, und die Bänke gähten leer den Rednern entgegen. Bevor man an die Steuerdebatte gegangen war, hatte übrigens der Demo- krat Knieß auf die sich ständig vermehrenden Wand- überfälle in dem ehemals deutschen Oberschlesien Ein- geworfene, durch die die deutschen Versicherungsgesellschaften auf schwerste geschädigt werden. Die Regierung hatte erwidert, daß die Internationalisierte Kommission auch hier wieder versage. Zu den Steuerberatungen stellte der deutschvolksparteiliche Abg. v. d. Hoffmann sich zunächst auf eine Kritik der Reden vom Tage zuwar ein. Er warf dem Sozialisten Bernstein vor, daß er dem Ausland Ma- terial gegen uns gegeben habe, und er ironisierte Heffler- lich, von dem er sagte, daß diesen Fensterhaischen ein- schmeiße, die andere dann beschallen müssen. Günstlich mußte dem volksparteilichen Redner überhaupt in aus- gehendstem Umfange als Objekt teilweise recht spitzfin- diger Bemerkungen dienen. Aber das Wichtigste war, daß die Linke trotzdem behaupten wird, v. d. Hoffmann habe es- Was allzu eifrig die innere Überzeugung mit dem Deutschnationalen betont. Der Ton macht die Musik, und der Abg. v. d. Hoffmann setzte es überhaupt darauf an, Hefflerlich immer wieder zu erinnern, daß Deutschnatio- nale und Deutsche Volkspartei im Ausschuss im Grunde von den gleichen Erwägungen geleitet worden seien. Nur so zwischen den Beinen gleichsam deutete v. d. Hoffmann seine Partei unter volksparteilicher und praktischer Mit- arbeit in jener Zeit verheißt. Es liegt im übrigen auf der Hand, daß in der allgemeinen Aussprache zum Wan- telgesetz die Parteien im wesentlichen nur den Wunsch beugen, die Gründe für ihre Haltung gegenüber den Steuerfragen im einzelnen noch einmal darzulegen. Das tat auch der Zentrumsdog. Herold, der gegenüber Hefflerlich hervorhob, daß man ohne Sozialdemokratie nicht zum Ziel komme und daß diese jedenfalls im Ge- gensatz zu den Deutschnationalen sachlich mitarbeitete.